

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstag,  
Donnerstag, Samstag  
Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.  
Verantwortlicher Schriftleiter  
Wilh. Probst, Schierstein.

Anzeigen  
für die einseitige Kolonisation  
der dortigen Raum 20 Pfg.  
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis  
monatlich 90 Pfg., mit Bringer.  
Jahres 95 Pfg. Durch die Post  
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.  
auschl. Bestellgeb.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 77.

Samstag, den 5. Juli 1919.

27. Jahrgang

### Bekanntmachung.

Diejenigen Kaufleute, die algerische Zigaretten im  
Großen zum Preise von 12 bis 13 Francs die 1000  
Stück ab Hafen Alger kaufen wollen, wollen mir bis  
am 9. Juli ihre Bestellungen zukommen lassen.

Wiesbaden, den 2. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

### Avis.

L'ouvrage scolaire: „André  
Erzählungen aus der  
deutschen Geschichte“, a  
été interdit par le Maréchal  
Commandant en Chef des  
Armées alliées.

Les détenteurs de cet  
ouvrage remettront aux  
Maires pour le 10 juillet les  
exemplaires qu'ils possèdent  
Les Maires seront parvenus  
à livrer saisis, à l'Admi-  
nistrateur pour le 15 juillet.

Des sanctions seront  
prises par la suite soit contre  
les particuliers trouvés dé-  
tenteurs de ce livre, soit  
contre les collectivités qui  
continueraient à se servir  
de cet ouvrage.

Wiesbaden, den 1. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

### Avis.

Il m'a été signalé que  
certains habitants, ont dissi-  
mule tout ou partie de leur  
mobiliier Il y a lieu faire  
remarque qu'il n'a jamais  
été dans les habitudes de  
l'Armée française de piller  
des maisons particulières.  
D'autre part cette pratique  
peut constituer une gêne  
pour les troupes d'occupation  
qui les privent du nécessaire  
dont elles ont droit.

En conséquence, sous les  
responsabilités personnelles du  
Maire, tous les logements qui  
seraient être réquisition-  
nés, devront être gran-  
dement meublés, de nouveau du mobilier  
correspondant si une auto-  
matique de transport de ce  
mobilier n'a pas été donnée.

Wiesbaden, den 30. Juni 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

### Bekanntmachung.

Das Schulbuch „André's  
Erzählungen aus der deut-  
schen Geschichte“ ist von dem  
Herrn Oberkommandanten  
der Allierten Armeen un-  
verfugt worden. Die Inhaber  
obigen Buches werden die-  
selben bis zum 10. Juli auf  
ihrem Bürgermeisterrat ab-  
liefern. Die Herren Bürger-  
meister werden die abgege-  
benen Bücher bis zum 15.  
Juli nach hier einschicken.

Personen, die nach obiger  
Frist noch im Besitze von  
Büchern dieses Titels sind,  
und fortfahren, sich derselben  
zu bedienen, werden bestraft.

### Bekanntmachung.

Ich habe vernommen, daß  
verschiedene Einwohner ihr  
Mobiliar ganz oder teilweise  
verstecken und durch dieses  
Verfahren die Befehlungs-  
truppen einschränken und  
ihnen ihre Rechte vorenthal-  
ten. Ich mache die Ein-  
wohnerschaft darauf auf-  
merksam, daß es noch nie  
in der Gewohnheit der  
französischen Armee lag,  
sich an Privatwohnungen  
zu vergreifen oder dieselben  
gar zu plündern.

Infolgedessen sind alle  
Wohnungen, die v. Truppen  
requisiert werden können,  
unter der persönlichen  
Verantwortung d. Bürger-  
meisters wieder mit dem  
entsprechenden Mobiliar  
auszustatten, wenn für die-  
selben keine Trans-  
portgenehmigung erteilt  
wurde.

### Hindenburg.

mz. Berlin, 4. Juli. Generalfeldmarschall v.  
Hindenburg richtete anlässlich seines Rücktritts an den Reichs-  
präsidenten folgende Drahtung:

Herr Präsident! Die Unterzeichnung des Friedens-  
vertrages gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung:  
Für alle Anordnungen und Handlungen der Obersten  
Heeresleitung seit dem 29. August 1918 trage ich die alleinige  
Verantwortung. Auch sind alle mit der Kriegsführung  
zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Sr. Maj. des  
Kaisers und Königs seit diesem Tage auf meinen ausdrück-  
lichsten Rat und unter meiner vollen Verantwortung ge-  
faßt und erlassen worden. Ich bitte, diese Erklärung zur  
Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen  
zu bringen. (gez.) von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

### Die Auslieferung des Kaisers.

Saaa, 4. Juli. Die englischen Blätter geben eine  
Uebersicht über das, was Deutschland kraft der Bestim-  
mungen des Friedensvertrages nach der Ratifikation zu  
tun hat: Deutschland soll alle Akten ausbändigen, die  
für den Prozeß gegen Wilhelm II. notwendig sind, und  
alle Informationen geben, die dazu erforderlich sein werden.  
Es soll ferner die Personen ausliefern, die des Kriegs-  
verbrechens beschuldigt werden, u. a. die Offiziere, die  
verantwortlich sind für die Zerstörung von Dinant, Ar-  
denne und Löwen. Deutschland soll auch sofort damit  
beginnen, seine Armee zu verringern, alle Munitionsa-  
rtikeln schließen, alles Kriegsmaterial usw. abliefern.  
Sämtliche deutschen Kauffahrtschiffe über 1600 Tonnen  
sollen innerhalb zweier Monate ausgeliefert werden,  
ebenso die Hälfte der Schiffe zwischen 1000 und 1600  
Tonnen. Italien soll jährlich am 1. Juli 4 1/2 Millionen  
Tonnen Kohlen erhalten. Innerhalb dreier Monate  
muß eine große Anzahl an Vieh und Pferden an  
Frankreich und Belgien zurückgestellt werden.

### Der Prozeß gegen Kaiser Wilhelm.

mz. London, 4. Juli. (Havas.) Der Prozeß des  
Exkaisers dürfte in Law Courts vor einem Gerichtshof  
stattfinden, der aus britischen, französischen, italienischen und  
amerikanischen Richtern besteht. Maßnahmen würden un-  
verzüglich ergreifen werden, um seine Auslieferung von der  
holländischen Regierung zu erhalten. — Das Unterhaus hat  
in erster Lesung dem Vorschlag bezüglich der Anwendung  
der Stipulationen des Friedensvertrages und der Genehmi-  
gung des französisch-englischen Bündnisses zugestimmt.

### Der Eisenbahnerstreik in Frankfurt.

mz. Frankfurt a. M., 4. Juli. Zum hiesigen  
Eisenbahnerausstand erfahren wir, daß die Streikleitung  
sich in einem Telegramm an das Ministerium zu Ver-  
handlung bereit erklärt hat, daß dieses Telegramm aber,  
wie sich heute morgen bei einer telefonischen Unterredung  
der hiesigen Streikleitung mit dem Ministerium heraus-  
stellte, in Berlin nicht angekommen ist. Die Streikleitung  
legt Wert darauf zu erklären, daß sich ihre Forderungen  
lediglich auf wirtschaftlichem Gebiet bewegen, und daß  
sie politischen Strömungen keinerlei Einfluß gewähren  
wird. Es handle sich durchaus nicht um einen sogenannten  
wilden Streik, sondern die Bewegung liege in den  
Händen der Organisation. Man werde bestrebt sein, in  
jeder Weise Schädigungen der Bevölkerung bezüglich  
der Lebensmittel zu verhindern.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Die Frankfurter Eisen-  
bahner nahmen gestern nachmittag in einer großen Ver-  
sammlung erneut Stellung zum Ausstand. Es wurde auf  
die Beendigung des Eisenbahnerausstandes in Berlin und  
deren Folgen hingewiesen. Die Versammlung beschloß trotz-  
dem, im Ausstand zu verharren unter der Losung: „Wer  
die stärksten Nerven hat, der siegt“. Die Ausständigen  
wollten den Frankfurter Hauptbahnhof auf zwei Tage schließen  
und nur diejenigen Züge abfahren lassen, die in das be-  
setzte Gebiet fahren müssen, sowie Arbeiterzüge. Man  
hört von Ausständigen, daß auch die Bezirke Hannover,  
Rassel und Erfurt sich der Bewegung anschließen werden.  
In den Wartesälen des Hauptbahnhofes sitzen Hunderte von  
Reisenden, die in den Gasthöfen keine Aufnahme finden  
konnten.

### Der Friedensvertrag.

Im „Temps“ beantwortet Edouard Cluget die  
Frage: Unter welchen Bedingungen wird ein Friedens-  
vertrag ein endgültiges diplomatisches Instrument?  
Wann tritt er in Kraft? Er führt u. a. folgendes aus:

Der unterzeichnete Vertrag ist nicht ausreichend; er  
muß, um im internationalen Recht rechtsgültig zu sein,  
„ratifiziert“ werden, und diese Ratifikation besteht in  
der formellen Annahme des Vertrages durch die sou-  
veränen Gewalt des unterzeichnenden Staates. In der  
provisorischen deutschen Reichsverfassung vom 10. Fe-  
bruar 1919 wird festgesetzt, daß ein Vertrag, um be-  
stimmte zu werden, von der Nationalversam-  
lung und dem Staatenshaus gebilligt sein muß.  
Sicherlich würden aber nach Clugets Ansicht die preußi-  
sche und die bayerische Landesversammlung das Recht,  
ein Wort mitzusprechen zu dürfen, fordern. In Eng-  
land hat die Krone im Prinzip die souveräne Macht,  
alle Verträge abzuschließen, nachdem sie die verant-  
wortlichen Minister befragt hat. Aber in der Praxis  
der parlamentarischen Regierung intervenieren die  
Kammern jedesmal, wenn ein Vertrag ein schweres In-  
teresse des Landes berührt, z. B. einen Handelsver-  
trag. In den Vereinigten Staaten steht die noch immer  
in Kraft stehende Bundesverfassung vom 17. Septem-  
ber 1787 fest: „Der Präsident hat das Recht, die Ver-  
träge auf das Gutachten und die Zustimmung des Se-  
nats abzuschließen, vorausgesetzt, daß zwei Drittel der  
anwesenden Senatoren zustimmen.“

In Frankreich steht der Artikel 8 der „Konstituti-  
onellen Rechte“ über die Verhörungen der öffentlichen Ge-  
walten fest: „Der Präsident der Republik verhandelt  
und ratifiziert die Verträge. Friedensverträge aber  
sind erst definit v, wenn sie durch beide Kammern ge-  
billigt sind.“ Der Vertrag von Versailles vom 28.  
Juni 1919 enthält keine Bestimmung, wann er ratifi-  
ziert werden soll; er spricht nur einen Wunsch aus.  
In Artikel 440 nämlich heißt es: „Der vorliegende Ver-  
trag, wie er in dem französischen und englischen Text  
enthalten ist, wird ratifiziert werden.“ Der Vollzug  
der Ratifikationen wird in Paris erfolgen, und zwar  
sobald wie möglich.“ Um aber angesichts der großen  
Anzahl der vertragsschließenden Mächte das Verfahren  
abzukürzen, bestimmt der Artikel 440: „Ein erstes Pro-  
tokoll der Ratifikation wird aufgesetzt, wenn der Ver-  
trag von Deutschland einerseits und von drei der haupt-  
sächlichsten alliierten und assoziierten Mächte andererseits  
ratifiziert ist.“ Erst in diesem Augenblick wird der  
Vertrag dem positiven bestehenden internationalen Rechte  
einverleibt und vollstreckbar, da Artikel 440 ferner be-  
stimmt: „Zum Datum dieser ersten Urkunde tritt der  
Vertrag zwischen den hohen vertragsschließenden Par-  
teien in Kraft.“

### Die Frist.

Ueber die verschiedenen von Deutschland einzuhaltenden  
Fristen, die im Friedensvertrag für die nächsten  
Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages vor-  
gesehen sind bringen französische Blätter folgende Zu-  
sammenstellung:

In 10 Tagen muß Nordschleswig geräumt  
sein, in 15 Tagen Ostpreußen.

In der 5. bis 7. Woche muß die Volksabstimmung  
in Schleswig stattfinden.

Nach Ablauf eines Monats werden die Verbünde-  
ten die Liste der auszuliefernden Perso-  
nalitäten Deutschland zustellen und bekanntgeben,  
ob sie das von Deutschland vorgeschlagene System über  
die Schadenersatzvergütung annehmen wol-  
len. Im Laufe von zwei Monaten müssen die Be-  
setzungen im nichtbesetzten Gebiet und im neutralen  
Gebiet geschleift werden.

Am Ende des dritten Monats muß das deutsche  
Heer auf 200 000 Mann reduziert sein.

Im vierten Monat muß Deutschland entweder eine  
bestimmte Summe zur Begleichung seiner Schuld be-  
zahlen, oder eine der verstaatlichten Gegenstände wie-  
derherstellen.

Im sechsten Monat erfolgt die Volksabstimmung in  
Malmédy, sowie die Niederlegung weiterer Befestigun-  
gen. Gleichzeitig erlischt die Verpflichtung Deutsch-  
lands in Bezug auf die Geröhrung der Meisebe-  
günstigung im Zolltarif gegenüber den verbünde-  
ten Ländern, und es wird in Danzig die vorge-  
sehene Verwaltung eingesetzt werden.

### Die Waffenstillstandskommission.

Die interalliierte Waffenstillstandskommission wird  
von Spaa nach Köln verlegt. Marschall Foch  
sagt als Viz der deutschen Kommission Düsseldorf  
vor. — Wegen der deutschfeindlichen Ausschreitungen in  
Spaa hat General v. Hammerstein eine Protest-  
note an die belgische Mission gerichtet.



## Die Danziger Frage.

Im künftigen Freistaatsgebiete herrscht eine lebhafteste Bewegung zur Ausführung neuer Wahlen von Volksvertretern, welche die Verfassung zu beraten hätten. Es nehmen in dieser Sache nicht nur Behörden und öffentliche Körperschaften, sondern auch Vereine und Geschäftsleute Stellung. Große Erwartungen haben die Polen, welche behaupten, daß Danzig nicht auch zur polnischen Republik gekommen sei. Sie wollen eine polnische Volkszählung veranstalten und zeigen, daß von den 330 000 Einwohnern des Freistaates etwa ein Drittel polnisch sei. Demgemäß müßte das Polentum auch entsprechend berücksichtigt werden. Danzig werde langsam in den polnischen Staat hineinwachsen und eine polnische Stadt werden; denn Danzigs Urbewölkerung sei „urpolnisch“ gewesen. — Der Fünftzehnerausschuß der deutschen Volksräte, der in Danzig tagte, hat sich aufgelöst. Die Mitglieder haben Danzig verlassen.

## Völkerbund.

Der Chef des militärischen Departements der Schweiz, Calonder, behandelte in einer Konferenz mit der Presse die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund. Calonder hob die Mängel des Entwurfs hervor, betonte aber, daß dieser Völkerbund gegen die früheren Zustände einen gewaltigen Fortschritt bedeute, indem er Ueberfallskriege aus der Welt schaffe und Verträge zwischen den Staaten überwache.

## Die Adria.

Aus Fiume wird dem „Corriere della Sera“ gemeldet, Wilson habe zur Lösung der Frage von Fiume in Paris einen neuen Plan ausgearbeitet, der einen Pufferstaat zwischen Italien und Südslavien vorsehe, der Beglia, Cherso und der Stadt Fiume ohne Ennsa umfaßt und im Westen von dem Fluß Arso begrenzt wird. Von Dalmatien würde die Insel Zara hinzugefügt werden. Die Distrikte von Pflano und Pignatta würden von dem neuen Staat ausgeschlossen bleiben.

## Zur Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

—\* Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat den Reichsminister Erzberger telegraphisch ersucht, den beteiligten Kreisen von Handel, Industrie und Landwirtschaft Gelegenheit zur ernstesten und sachlichsten Durchberatung der Steuern zu geben.

—\* Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses Nr. 12 Vorbereitung eines Gesetzes über die Reichstagswahlen, insbesondere hinsichtlich der Ausgestaltung des Verhältniswahlsystems, wird seine Arbeiten baldigst aufnehmen. Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses wird sich demnach auch auf das Wahlgesetz erstrecken.

—\* Die bisherigen Beratungen über eine Reichsbesteuerung der Spielflächen haben dazu geführt, von einer solchen Steuer zunächst Abstand zu nehmen. Maßgebend für diese Stellungnahme ist in der Hauptsache die Erwägung, daß in einer Besteuerung gleichzeitig eine Art Konzession für die Spielflächen erblickt werden würde.

—\* Das Reichskabinett ist am Donnerstag Vormittag zu einer Besprechung zusammengetreten. Es handelte sich bei dieser Besprechung, wie aus Weimar gemeldet wird, in erster Linie um die Ausgestaltung des Arbeitsprogramms für die Regierung für die nächste Zukunft. Die Verhandlungen waren streng vertraulich.

## Noten Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

73) Nachdruck verboten.  
Und Rainer wird dann frei für mich. Er wird Josta nicht halten gegen ihren Willen, wird den Bruder nicht unglücklich machen wollen. Er ist zu selbstlos dazu. Und dann — dann will ich ihn trösten, dann will ich meine Sache klüger führen als zuvor, dann soll ich mir keine andere mehr nehmen. Also Vorsicht jetzt — und klug weiter operieren. Hilf mir, Vater im Himmel — dann brauche ich nicht schlecht zu werden, dann brauche ich die kleine Frau nur zu ihrem eigenen Heil zu überlisten.“

So dachte sie, und laut sagte sie, sich aufraffend, möglichst gleichmütig:

„Nun also, dann habe ich mir wohl nur törichterweise eingebildet, daß deine Tränen einem Herzenskummer gelten. Wenn du weißt, daß Rainer nicht aus Liebe um dich geworben hat, dann hast du ihm doch auch sicher nicht verschwiegen, daß du ihn nicht liebst?“

Josta wurde wieder rot, zwang sich aber zur Ruhe. „Ja, Rainer weiß das“, sagte sie leise.

„Nun, dann ist ja alles gut, kleine Frau. Oder doch vielleicht nicht? Ach, Josta, ich kann mich ja so gut in deine Lage versetzen! Auch ich habe vor Jahren meine Hand ohne mein Herz verschenkt. Glücklicherweise ist man nicht dabei. Und ich wünschte dir nur, daß du dein Herz nicht eines Tages an einen anderen verlierst, wenn ich auch sicher bin, daß dich Rainer nicht gegen deinen Willen halten würde.“

Josta sprang mit einer hastig abwehrenden Bewegung auf. „Nein, nein — daran ist nicht zu denken. Bitte, laß uns dieses Thema nicht mehr berühren, es quält mich.“

Gräfin Gerlindes Augen leuchteten seltsam auf.

„Warum diese heftige Abwehr?“ dachte sie. „Das sieht ja aus wie Angst. Nun ich werde noch dahinter kommen. Verliebt ist Josta, scheint mir, unbedingt. Eine Frau, die nicht liebt, ist ruhig und gelassen und sieht nicht tränenden Auges über ihrem Tagebuch. Dies Tagebuch! Es würde mir sicher den Schlüssel zu ihrem

Wesen geben. Was gäbe ich darum, wenn ich hinein schauen könnte!“

## Die Verteuerung des Zuckers.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung behandelte den Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker, der eine Preiserhöhung um 2,50 Mark auf 54,80 Mark für den Zentner gemahlten Rohs ab Magdeburg einschließlich Verbrauchssteuer vorsieht. Die Erhöhung, die mit Rücksicht auf die gewaltig gestiegenen Erzeugungskosten der Raffinerten notwendig ist, soll am 1. Juli in Kraft treten. Abg. Mollenhuth (Soz.) regte an, die Erhöhung dem neuen Reichsausgleichsfonds zu entnehmen, um eine Verteuerung des Zuckers für das Publikum zu verhüten. Die Redner aller bürgerlichen Parteien erhoben hiergegen Einspruch; den Preiserhöhungen müßte man auf natürlichem Wege durch Anreiz zur Produktionssteigerung usw. begegnen. Nach einer Aussprache über den Schleichhandel und die Frage der Einfuhr von Zucker aus dem Auslande, der zu höheren Preisen an die besser gestellte Bevölkerung abgegeben werden soll, wurde der Entwurf mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien genehmigt. Weiter wurde der Entwurf einer Verordnung über die privatrechtlichen Verhältnisse von Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbesserung beraten. Die Verordnung ermächtigt die Landesgesetzgebung, die privatrechtlichen Verhältnisse von solchen Genossenschaften zu regeln, die während des Krieges zum Zwecke der Bodenverbesserung von Moor, Heide und ähnlichen Ländereien gebildet wurden. Die Verordnung, die bis zum 31. Dezember 1920 in Kraft bleiben soll, wurde genehmigt, ebenso der Entwurf einer Verordnung über die Ermächtigung des Staatenausschusses zur Anordnung von Münzprägungen. Es handelt sich um die Prägung von Münzen zu 50, 10, 5 und 1 Pfennig aus Erbsenmetall. Der Ausschluß wünschte eine schnelle Durchführung der Verordnung.

## Die Lage im Reich.

### Der Eisenbahnerstreik.

Die gesamte Verwaltung des Eisenbahnbetriebs während des Streiks liegt, wie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, in den Händen der Streikleitung, die nicht nur die Bahnhöfe, sondern auch die Maschinenhäuser, Werkstätten, Maschinenräume und Sperranlagen bewachen läßt. Auch die Beamten des Eisenbahntelegraphenbureaus wurden zur Einhaltung ihres Dienstes gezwungen. Es sind außer den Zügen nach dem besetzten Gebiet nur einige wenige Personal- und Güterzüge zum Verkehr zugelassen worden, während der übrige Güterverkehr ebenfalls eingestellt ist. Falls der Ausstand länger dauert, wird die Nahrungsmittelversorgung gefährdet. Zwar ist genügend Brotgetreide vorhanden, auch Brotbackmittel und Backmittel, dagegen wird es bald an Rohstoffen fehlen, falls nicht die großen Transporte, die sich unterwegs befinden, hereingelassen werden. Die Milchzüge wollen die Streikenden verkehren lassen. Der Streik hat auch Eisenbahnknotenpunkte außerhalb des Direktionsbezirks, zum Beispiel Darmstadt, in Mitleidenschaft gezogen. Der Vorstand der Ortsgruppe des deutschen Eisenbahnbeamtenbundes erklärt, mit allen erlaubten Mitteln versuchen zu wollen, den Verkehr möglichst aufrecht zu erhalten.

Wesen geben. Was gäbe ich darum, wenn ich hinein schauen könnte!“

Diese Gedanken erfüllten Gräfin Gerlinde. Aber da Josta so dringend ein anderes Thema verlangte, wollte sie es nicht mehr festhalten. Sie hoffte und wünschte, daß Josta ihr Tagebuch in dem Geheimfach bergen möge. Dann wollte sie sich schon Einblick in daselbe verschaffen, wenn sie Josta einmal abwesend wußte.

Draußen brach die Sonne durch die Wolken. Gräfin Gerlinde legte den Arm um Josta.

„Komm ein wenig hinaus ins Freie, kleine Frau, da vergehen Kopfweh und trübe Stimmung im Sonnenschein. Und vergiß das Geheimfach nicht. Darin kannst du sicher alles bergen, was außer dir niemand sehen soll.“

Josta neigte das Haupt.

„Ja, ja — ich danke dir.“

Und mit schweren, müden Schritten ging sie neben Gräfin Gerlinde ins Freie hinaus. Ihr war zumute, als habe sie eine Toxtheit begangen, als habe sie sich wider Willen in Gerlindes Hände gegeben, obwohl sie ihr nichts von ihrem eigenen Empfinden verraten hatte. Es bedrückte sie, daß sie Gerlinde den Namen der Frau zu danken hatte, die Rainer liebte. Wie ein Unrecht erschien es ihr nun, daß sie in sein Geheimnis eingedrungen war, gegen seinen Willen.

Aber von diesem Tage an hütete sich Josta ihrem Gatten gegenüber noch ängstlicher ihr Geheimnis und zeigte sich ihm noch zurückhaltender. Seinen Zärtlichkeiten wich sie ängstlich aus, und wenn er ihr nur nahte, bekamen ihre Augen einen Ausdruck, als spähe sie nach einem Ausweg, zur Flucht. Rainer merkte das nur zu genau, und er wurde mühsamer denn zuvor.

In ihr Tagebuch schrieb Josta am Abend dieses Tages: „Nun weiß ich, wem Rainers Liebe gehört, und nun bin ich ganz hoffnungslos. Diese Frau kann er nie vergessen. Ob sie ihn vergessen kann? Ob sie auf ihrer einsamen Höhe sich in Sehnsucht nach ihm verzehrt, wie ich es tue? Und ob er sehr leidet, daß er auf diesen Besitz verzichten mußte? So lange habe ich mich danach gesehnt, diese Frau zu kennen,

## Berliner Stimmungsbild.

Die Berliner sind mehr Lokalpatrioten als alle anderen Großstädter. Ihr Interesse richtet sich zunächst auf Berlin, dann noch einmal auf Berlin, und schließlich erst auf die gesamte übrige Welt. Seit zwei Tagen hört man keinen Menschen mehr vom Friedensschlusse und vom Kriege sprechen, sondern nur noch von Berliner Angelegenheiten, speziell von dem Straßenbahnerstreik, der die Berliner in einem Zustand permanenter Aufregung versetzt hat. Es gibt wohl nur wenige Berliner, die nicht davon in Mitleidenschaft gezogen werden. Ganz überraschend für jeden Fremden ist das lebhafte Straßenbild Berlins. Natürlich gibt es auf den Straßen jetzt viel mehr Fußgänger als früher, aber auch die Zahl der Wagen ist ganz überraschend groß. Man weiß gar nicht, wo sie plötzlich alle hergekommen sind; sehr viele werden wohl von auswärtig sein. Diese Wagen vermitteln jetzt den Personenverkehr. Für kurze Strecken nehmen sie Leute zum Preise von einer Mark mit; es geht aber auch bis zu zehn Mark herauf. Dafür bekommen die Passagiere nicht einmal einen bequemen Platz; viele müssen sogar stehen. Aber in der Not frisst der Teufel Fliegen.“

## München.

Die Gärung in München ist so stark, daß man einem neuen Aufstand gerechnet werden muß. Ein Anschlag der Kommunisten auf die Schulen wurde noch vereitelt. Die Einwohnerwehr in ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Zu dieser Berliner Meldung erklärt die Münchener Korrespondenz Hoffmann amtlich: Es sächlich ereignete sich in München nicht das Geringste, die Einwohnerwehr trat nicht in Tätigkeit.

## Allerlei Nachrichten.

### Noten an Hindenburg

Reichswehrminister Noske hat an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg ein Telegramm geschickt, in dem es u. a. heißt: Generalfeldmarschall von Hindenburg, Kolberg. Am dem Tage, an dem Sie den Oberbefehl niederlegen, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen Herr Generalfeldmarschall, im Namen der neuen deutschen Wehrmacht den herzlichsten und unaussprechlichen Dank des Vaterlandes für Ihre treugeleisteten Dienste auszusprechen. Wie Sie als ruhmgeliebter Feldherr unsere Heere in Feindesland geführt haben, das wird unvergessen in der Geschichte fortdauern. Besonders aber muß Deutschland Ihnen dankbar sein für die Mühe und Sorgfalt, mit der Sie in der letzten schweren Zeit die militärischen Geschicke unseres Vaterlandes geleitet haben. Reichswehrminister Noske.

### Vom früheren Kaiser.

Kreuzer meldet: Es verlautet, daß die an Holland zu richtende Note betr. die Auslieferung des deutschen Kaisers von 22 oder 23 Monaten unterschrieben sein soll. In den Wandelgängen des britischen Parlaments verlautet, daß das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Kaiser von dem Ausschusse geregelt werden soll, den die Alliierten zur Durchführung der Friedensbedingungen errichten. Der Gerichtshof wird aus fünf Richtern bestehen, die von den fünf alliierten Großmächten dazu gewählt sind. Man hofft, daß die Gerichtsverhandlung im Herbst stattfinden wird und erwartet zuversichtlich, daß der Kaiser freigesprochen sein wird, da keine Auslieferung von feindlichen alliierten und assoziierten Mächten gefordert wird.

ihren Namen zu wissen. Und nun ich ihn kennengelernt habe, nun Gerlinde ihn mir verraten hat, ist mir, als wäre mir besser gewesen, ich hätte ihn nie gekannt. Warum hat ihn mir Gerlinde verraten? Und warum wollte sie so unbedingt den Grund für meine Tränen kennen? Mein Gott, wie erschalt ich, als sie mir sagte, sie wisse, warum ich weine. Was sie denken, was sie will, — wenn sie nur die Wahrheit nicht kennt. Die soll nie ein Mensch erfahren — niemals!“

Wenige Tage später sah Gräfin Gerlinde Josta und Rainer am Witwenhaus vorüber reiten. Sie war nun sicher, daß die Beiden in der nächsten Stunde nicht ins Schloß zurückkehren würden.

Eiligt ging sie hinüber, sie wollte sehen, ob Josta ihr Tagebuch in das Geheimfach gelegt hatte. Ohne Zaudern suchte sie Jostas Boudoir auf und nachdem sie sich überzeugt hatte, daß kein Lauscher in der Nähe war, trat sie an den Schreibtisch heran und öffnete das Geheimfach.

Zu ihrer Enttäuschung war das Buch nicht da. Josta hatte, einem bestimmten Argwohn folgend, ihr Tagebuch an dem alten sicheren Platz gelassen. Und den Schlüssel trug sie stets bei sich. Aber das Tagebuches erblickte Gräfin Gerlinde einen Brief. Schnell zog sie ihn heraus, und — fast hätte sie einen Freudenstrei ausgestoßen — dieser Brief trug Jostas Hand geschrieben, die Adresse des Grafen von Ramberg.

Anscheinend war er erst kürzlich geschrieben worden. — Gräfin Gerlinde betrachtete ihn von allen Seiten. Er war leider versiegelt. Das Siegel zeigte über drei Rosen springenden Eber. Graf Ramberg hatte seiner jungen Frau das Päckchen mit diesem Wappen geschenkt.

Ohne dies Siegel zu verletzen, konnte der Brief nicht geöffnet werden, sonst hätte sie es sicher getan.

(Fortsetzung folgt)



## Eine Warnung.

In einem Aufsatz, der sich mit der gegenwärtigen Lage Deutschlands beschäftigt, schreibt das „Berliner Tageblatt“ u. a.: „Unbestimmt um die Weltlage steht das deutsche Proletariat, sichern die Eisenbahnen, die Seelen die Häfen. Man muß diesen Gefahren und ihren unübersehbaren Folgen gegenüber endlich einmal sagen: Wenn in euerm Lande nicht bald Ordnung und Arbeit zur Herrschaft gelangen, dann verlieren eure Freunde die Geduld und die Hoffnung, daß ihr euch wieder erholen könnt, und damit verliert ihr auch den Boden des Handels, den Kredit. Man will sich mit einem Volke nicht einlassen, dessen Arbeiter durch ihre Unbotmäßigkeit jedes Beliefern ausschalten.“

## Sensationelle Enthüllungen.

Das jugoslawische Pressebureau ist in der Lage, folgende sensationelle Enthüllungen mitzuteilen: Im April 1919 — der Tag ist nicht bekannt — hat Italien mit Österreich eine geheime Militärkonvention geschlossen. Im Artikel 1 dieses Abkommens verpflichtet sich Italien, die österreichischen Kampftruppen, besonders die in der Steiermark und Kärnten beheimateten, mit Munition und Ausrüstung zu versorgen. Weiter war beabsichtigt, einen gemeinsamen Spionageapparat einzurichten und eine gemeinsame militärische Aktion für den Fall irgendwelcher Veränderungen in Kärnten einzuleiten. Drittens war festgesetzt, daß das norditalienische Gebiet, das sogenannte Ablingdreieck, an Italien fallen sollte, wogegen ganz Kärnten bei Österreich verbleiben sollte als Ausgleich für dessen Zustimmung zur Befreiung Südtirols durch italienische Truppen und die Übernahme der Fests. Die Beweise für das Vorhandensein dieses Übereinkommens sind in den Händen der Redaktion des „Slovenski Narod“ in Laibach und werden zur Verfügung der Alliierten gehalten.“ — Die Nachricht klingt vorläufig recht wenig glaubhaft und scheint eher darauf angelegt zu sein, in Entente-Kreisen Verwirrung gegen Italien zu säen und für die jugoslawische Propaganda zu machen.

## Kleine Meldungen.

M. Glabach. Ins Reichsfinanzministerium in der Finanz- und Steuerfachmann des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. Deutsch von hier, als Kommissar für Steuerfragen berufen worden.

Heidelberg. Die Arbeiter und Beamten der Rhein-Neckarbahn sind Freitag früh in den Ausstand getreten.

Dessau. Der Minister des Innern, Wolfgang Heine, tritt demnächst vom Amte des Ersten Vizepräsidenten des Staatsrates für Anhalt zurück. Er wird nicht wieder kandidieren.

Koburg. Die Landesversammlung nahm eine Entschließung über die Zusammenlegung der Thüringer Staaten an, wonach Koburg die Anschlussfrage von einer Volksabstimmung abhängig macht, die zu entscheiden hat, ob der Anschluss an Bayern oder an Thüringen erfolgt.

Dresden. Der Prozeß gegen die Mörder des Reichsministers Neuring beginnt am 19. Juli. Einer der Hauptbeschuldigten, Sergeant Günther, verurteilt Selbstmord.

Dresden. Das sächsische Kriegsministerium wird aufgelöst, seine Aufgaben übernimmt das sächsische Reichswehrkommando. Wegen der Art des Friedens legt die sächsische Armee 14 Tage Trauer an.

Berlin. Die Marinebrigaden Löwenfeld und Erhardt und Teile der technischen Abteilung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps haben sich freiwillig bereit erklärt, den Verkehr der Lebensmittellieferung zu übernehmen.

Berlin. Der „Vos-Anz.“ meldet aus Rotterdam: General Denikin hat nach dem Bericht der Heeresleitung seinen Vormarsch weiter fortgesetzt und Belatinsk nach verzweifelterm Kampfe eingenommen.

Genf. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Paris werde die Kammer am 20. Juli den Vertrag mit Deutschland ratifizieren.

Paris. „Echo de Paris“ schreibt, daß die Ratifizierung des Friedens mit Deutschland seitens Japans längere Zeit beanspruchen werde, da Japan erst in einem Monat im Besitz des vollständigen Textes sei.

Haag. Laut Korrespondenzbureau erwiderte der holländische Minister des Innern auf eine Anfrage des holländischen Mitglieds Troelstra bezüglich der Begünstigung der Flucht des deutschen Oberleutnants Vogel durch niederländische Beamte in Berlin, daß die vom holländischen Ministerium des Innern in dieser Sache angestellte Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

Rotterdam. Nach der „Times“ haben die holländischen Delegierten auf der Friedenskonferenz die Auslieferung von 153 namentlich bezeichneten U-Bootkommandanten beantragt.

London. Lloyd George teilte dem Unterhause mit, daß der Gerichtshof zur Verurteilung des Kaisers seinen Sitz in London haben werde.

Stockholm. Nach einer Meldung aus Riga seien am 27. Juni einige russische Kriegsschiffe unter der Andreefflagge in Libau ein. Die Besatzung erkläre, sie wolle mit den Bolschewisten brechen und sei für die Errichtung des Admirals Kolischat.

Belgrad. Nach dem „Welt Journal“ haben die serbischen Behörden mit der Durchführung der Jungweihensteuer, die für die nächsten bis dreißigjährigen 20 Jahre, für die über dreißigjährigen 60 Jahre monatlich betrag. beabsichtigen Anschläge des seit einem Monat die Zahl der Eheschließungen in Serbien gewaltig zugenommen.

Washington. Das Kriegsamt kündigt die Demobilisierung des Heeres auf den 30. September an. Die Friedensstärke wird 233 000 Mann betragen.

## Lozales und Provinzielles.

Schierstein, den 5. Juli 1919.

\* Die Ruhr beginnt sich wieder auszubreiten. Die Bevölkerung möge daher in ihrem eignen Interesse allen verdächtigen Darmkrankheiten erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Namentlich ist es erforderlich, daß bei Darmkrankheiten mit schleimigen und blutigen Abgängen schleunigst ärztliche Hilfe in Anspruch genommen wird. Die Ruhr ist eine übertragbare, nicht selten zum Tode führende Krankheit. Die Übertragung erfolgt durch die in den Abgängen (Stuhl) der Kranken befindlichen Ruhrbazillen. Darum schütze dich vor Ruhr! Ist nie mit ungewaschenen Händen! Ist Obst nur in gekochtem Zustande! Wasche rohes Obst und Salat vor dem Genuß gründlich ab! Halte den Abort deiner Wohnung sauber, wasche das Sitzbrett, den Türgriff und den Griff der Wassertüte täglich gründlich ab mit Sublimatlösung (1 Pastille auf 1 Liter Wasser) oder mit Jodlösung (20 Gramm auf 1 Liter Wasser.) Wasche dir nach jeder Benutzung des Abortes die Hände! Betritt keine Wohnung, in der ein Ruhrkranker liegt! Wende dich sofort an einen Arzt, wenn du an Durchfall und Leibschmerzen erkrankst! Achte auch bei deinen Kindern auf Befolgung dieser Ratschläge. Die Krankenhäuser erhalten reichlich die für Ruhrkranken nötigen mehligartigen Nahrungsmittel (Pasterflocken).

\* Ansiedelung von Handwerkern auf dem Lande belr. Infolge des Krieges sind auf dem Lande Stellen für selbständige Handwerker frei geworden. Unsere Feststellungen haben ergeben, daß es sich dabei handelt um Wagner, Schuhmacher, Schmiede, Schreiner, Schneider, Schlosser, Sattler, Spengler usw. Die frei gewordenen Stellen befinden sich in den Kreisen Biedenkopf, Dill, Oberwiesenthal, Unterwiesenthal, Unterlaunus, Oberlaunus, Hirsch, Limburg, Oberlahn, Rheingau, El. Soarshausen, Westerburg, Uffingen, Wiesbaden Land und Unterlahn. Handwerker, welche geneigt sind, sich auf dem Lande anzusiedeln, wollen sich alsbald schriftlich an die Handwerkskammer Wiesbaden melden. Diese wird ihnen dann alles Nähere mitteilen. Zum Teil stehen Wohnungen und Werkstätten zur Verfügung.

K. A. Die Gültigkeitsdauer der bisherigen Reisebrotmarken ist der Reichsgeleitstelle in Berlin bis zum 27. Juli 1919 verlängert worden, weil in der Anfertigung und Ueberlieferung der Reisebrotmarken neuen Musters eine Verzögerung entstanden ist. Ebenso wurde die Frist zum Umlauf aller in neue Reisebrotmarken für Verbraucher bis zu diesem Tage verlängert.

\* Schmierkäse. Sehr hohe Preise werden zur Zeit für den Schmierkäse gefordert und bezahlt. In vielen Geschäften der benachbarten Städte sieht man diesen bisher fast völlig verschwundenen Artikel jetzt wieder auftauchen. Die Lieferungen vom Lande sind erheblich größer als während der Kriegsjahre, wo aus schärfste über die Verwertung aller Milchprodukte gewacht wurde. Da die Butterpreise infolge der reichlichen Speck- und Fülllieferungen bereits zurückgegangen sind, so verlegt man sich jetzt wieder weit mehr wie bisher auf die Herstellung von Schmierkäse, der sehr gut bezahlt wird. In den hiesigen Geschäften fordert man für das Pfund stark gewässerten Schmierkäse 1,80 Mk., ein Preis, der das Zehnfache des Friedenspreises von 18 Pfg. beträgt. Die Verteuerung liegt allerdings in der Hauptsache im unrealen Zwischenhandel; denn es ist Tatsache, daß die Landleute den Schmierkäse zu 80 Pfg. im Durchschnitt verkaufen. Daß die enormen Wucherpreise für Käsequark natürlich auch auf die Preisbildung für die Handkäse stark steigend einwirken, liegt auf der Hand. Im Großhandel wird heute für ein Kistchen Handkäse zu 60 Stück der gefaltene Preis von 22,50 Mk. gefordert.

\* Der Wasserstand des Rheines ist in der letzten Zeit im Allgemeinen ziemlich auf seiner Höhe geblieben, sogar verschiedentlich infolge der am Mittel- und Oberrhein niedergegangenen Regengüsse etwas gestiegen, so daß in den nächsten Wochen der Schiffsverkehr ohne Störungen vor sich gehen kann. Auch die großen Schleppkähne konnten in letzter Zeit ihre Fahrten von den Rhein-Ruhr-Häfen nach dem Mittelrhein und Oberrhein mit bedeutenden Ladungen zurücklegen und so vermochte man viele Kohle, Koks und Briketts bergwärts zu befördern. Die ganzen Wasserstandsverhältnisse haben sich überhaupt in den letzten Wochen auf einer Höhe gehalten, die einen glatten und ungehinderten Schiffsverkehr ermöglichen.

\* Ueber einen Ueberfluß an Schlachtvieh, namentlich Schlachtochen, in vielen Ortschaften der Eifel nach dem Abbau der Zwangswirtschaft berichtet die ITA. Viele Bauern haben zwei bis drei Koppel Ochsen, die sie bis dahin als Fuhrochen benutzten und die sie nunmehr durch amerikanische Zugtiere ersetzen. Der Ochsenhandel ist stolt im Gange. Bezahlt wird für das Pfund Lebendgewicht 2 bis 3 Mark, ein Preis, den auch die Schleich- und Schwarzhändler bezahlt haben. Bei Ablieferung an den Viehhandelsverband erhielten die Bauern 90 Pfg. für das Pfund.

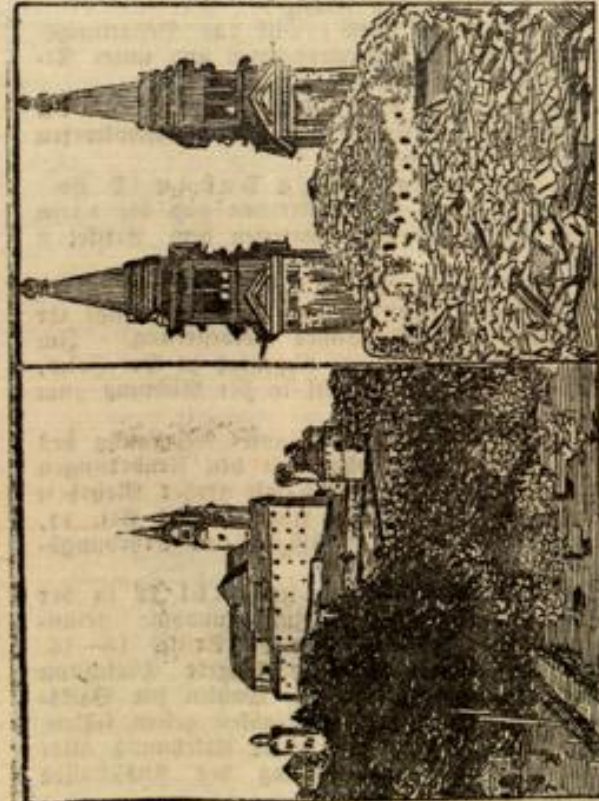
\* Die pfälzischen Tabakfabriken werden in absehbarer Zeit wieder voll arbeiten können, da in Wäldern mit größeren Mengen ausländischen Tabaks zu rechnen ist. Die Zigarren werden, wie in Fachkreisen behauptet wird, jedoch vorläufig kaum wesentlich billiger werden, es sei denn, daß eine Besserung des Standes unserer Valuta eintreten wird.

\* Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die Zinscheine der Reichs-Kriegsanleihen bei den Postanstalten vom 21. des Gültigkeitsstages vorhergehenden Monats ab gegen bar umgetauscht werden können. Auch die Landbriefträger und die Posthilfsstellen-Inhaber sind zur Einlösung der Zinscheine verpflichtet.

## Vermischtes.

Die Götze. Nach dem Vermittlungsantrag betr. die Reichsflagge sollen die Handelschiffe zur schwarz-weiß-roten Flagge die schwarz-rot-goldene Götze führen. Die Götze (aus dem holländischen) ist die kleine vier-eckige Flagge, die an festlichen Tagen von Kriegsschiffen an einem Flaggstock über dem Bugspriet (am vorderen Ende des Schiffs) gehißt wird, sie ist also eine Bugflagge. Die Nationalflagge wird bekanntlich am Mast, am Schiffsinterior, gehißt. Es ist nach dem Vorschlage in Weimar anzunehmen, daß bei der Handelsflagge die Götze sich auf der Flagge selbst befindet, d. h. also ähnlich wie bei der alten Kriegsflagge links oben in der Ecke die schwarz-weiß-roten Farben zu sehen waren, werden jetzt auf der schwarz-weiß-roten Handelsflagge die Farben schwarz-rot-gold angebracht.

Durch Blitzschlag zerstört. Die weitbekannte Wall-



Die bekannte Wallfahrtskirche auf dem Pödingberg bei Linz wurde durch einen Blitzschlag zum großen Teil eingestürzt.

## Kleine Chronik.

Das Vermögen der Hohenzollern. Die preussische Staatsregierung hat eine Verordnung erlassen, welche die Verwaltung des Vermögens des preussischen Königs regelt. Danach werden der Minister des Innern, der Minister des Kultus, die Hofkammer und die Hofverwaltung, sowie die sonstigen Vermögensverwaltungen des vor-maligen Königs, des ehemaligen Königs, des ehemaligen Königs mit dem Namen des Königs.



verwaltenden Vermögens beauftragt, soweit diese unter ihrer Verwaltung standen. Ueber die Vermögensverwaltung übt der Finanzminister (und zwar bei dem land- und forstwirtschaftlich benutzten Grundbesitz unter Mitwirkung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten) die Aufsicht aus. Zur gerichtlichen Vertretung der Mitglieder des Königshauses genügt die Vollmacht der Beteiligten oder ihrer Verwaltungen. Eine Zuziehung des Finanzministers oder des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ist nicht erforderlich. Das persönliche Dienstverhältnis der Beamten und Angestellten wird durch die Beschlagnahme des Vermögens nicht berührt. Die Regelung der Vertragsverhältnisse der prinzipalischen Hofbeamten und privaten Angestellten unterliegt der selbständigen Bestimmung des Mitgliedes des vormaligen königlichen Hauses, in dessen Dienst sich der Hofbeamte oder Angestellte befindet oder eintreten soll, oder seiner Verwalter.

**Die Influenza.** In der Sitzung des englischen Unterhauses teilte der neue Gesundheitsminister mit, daß während der sechs Monate bis zum 31. März 1919 in England und Wales allein 136 000 Personen an Influenza gestorben sind.

**Das Erdbeben in Italien.** Die Blätter melden, daß es anlässlich der Erdbebenkatastrophe im Gebiet von Rufiglio 100 Tote und 5 Verwundete gegeben hat. Der Schaden an Material ist groß.

## Die Nationalversammlung.

Weimar, 3. Juli.

Am Regierungstisch: Dr. David. Bischoff Präsident. Fehrenbach eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Min.

Die Beratung der Anleiheentwurf für das Jahr 1918 und der Anleiheentwurf für die Schutzgebiete 1919 wird durch Kenntnisnahme erledigt. Es folgt die erste Beratung der Reichshaushaltsrechnung 1916 und dann die erste Beratung der Reichshaushaltsrechnung 1917. Eine Aussprache findet nicht statt. Die Erledigung erfolgt durch Ueberweisung an den Ausschuss zur Berichterstattung.

Die zweite Beratung der Verfassung des Deutschen Reiches wird fortgesetzt. Zu Art. 7 streift ein Änderungsantrag Dr. Ablass auf Streichung dieses Artikels vor, der dem Reich die ausschließliche Gesetzgebung über Abgaben und sonstige ganz oder teilweise für Reichszwecke in Anspruch genommene Einnahmen zuweisen will. In einem neuen Artikel 8a des Entwurfs ist das Wort „ausschließlich“ gefallen; deshalb muß der erwähnte Artikel dem Artikel 8 nachgeordnet werden.

Nach kurzer Debatte nimmt das Haus den Antrag Ablass an. Daraus findet die namentliche Abstimmung über die Reichsfarben (Artikel 3) statt. Der Antrag der Unabhängigen: „Die Reichsfarbe ist rot. Die Ausgestaltung der Handelsflagge wird durch Reichsgesetz bestimmt“, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ueber den gleichlautenden Antrag der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei: „Die Reichsfarben sind schwarz-weiß-rot“ wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 190 gegen 110 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmen die beiden sozialdemokratischen Parteien, das Zentrum mit Ausnahmen und ein Teil der Demokraten. Das Ergebnis der Abstimmung wird mit Rücksicht der Rechten aufgenommen. Der Kompromißantrag Quard (Soz.)-Gröber (Ztr.): „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit einer Querschraube in Schwarz-Rot-Gold in der oberen innern Ecke“ wird namentlich abgestimmt mit 211 gegen 89 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmte geschlossen die Rechte und ein Teil der Demokraten. Das Ergebnis wird mit lebhaftem Beifall auf der Linken aufgenommen. Dem Vorschlag von rechts folgt erneuter starker Beifall von links.

Ein Antrag Ablass (Dem.) will das Bestattungs- wesen aus dem Artikel 9 herausnehmen und unter Artikel 10 einrichten.

Die Abgg. Hermann (Dem.) und Quard (Soz.) beantragen im Artikel 10, dem Hochschulwesen das Bibliotheks- und Archivwesen anzufügen.

Ein Antrag des Abg. Graf zu Dohna (D. Vp.) will den Artikel 9 als solchen streichen und die darin aufgeführten drei Gesetzgebungsmaterien dem Artikel 8 anschließen.

Graf zu Dohna (D. Vp.): Eine Änderung in der Sache ist durch unsern Antrag nicht beabsichtigt. Er erstrebt lediglich eine systematische Verbesserung. Im übrigen begrüßen auch wir, im Gegensatz zu Dr. Heim, die Fortschritt, die der Entwurf in der Richtung zum Unitarismus macht.

Die Artikel 8 bis 10 werden unter Ablehnung des Antrags des Grafen zu Dohna mit den Änderungen der Anträge Ablass und Hermann mit großer Mehrheit angenommen, ebenso erfolgt die Annahme des Art. 11, der die Grundzüge über die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben betrifft.

Nach unerheblicher Debatte wird Artikel 12 in der Ausschussfassung angenommen. Zur Annahme gelangen ferner nach kurzer Aussprache die Artikel 13-16. Bei Artikel 17 entspinnt sich eine längere Diskussion darüber, ob die Grundzüge für die Wahlen zur Volksvertretung auch für die Gemeindeverwaltungen gelten sollen.

Der Artikel wird schließlich unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Bei Artikel 18 (Gliederung des Reichs in Länder) erinnert Vizepräsident Haußmann daran, daß für diesen Artikel eine längere Redezeit bewilligt ist, sich aber schon neun Redner zum Worte gemeldet haben. Die Beratung des Artikels 18 wird daher ausgesetzt. Artikel 19 wird unverändert angenommen.

Es folgt Abschnitt 2 (Reichstag). Artikel 1 wird angenommen. Zu Artikel 2 beantragt Abg. Arnstadt (Deutschnat.) die Festsetzung des Wahlrechtsalters auf das 20. Lebensjahr zu streichen und es dem Wahlgesetz zu überlassen.

Abg. Heinze (Deutsche Vp.) beantragt für den Fall der Ablehnung dieses Antrages das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen.

Abg. Wier (Soz.) beantragt den Zusatz: Der Wahltag müsse ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein.

Abg. Frau Behm (Deutschnat.) befürwortet die Zuerkennung des Wahlalters.

Abg. Hartmann-Berlin (Dem.): Man darf die jungen Leute von 20-24 Jahren nicht vom politischen Leben fernhalten.

Abg. Bauer (Deutsche Vp.) befürwortet die Zuerkennung.

Abg. Frau Hale (Soz.): Aus Dankbarkeit müsse man den jungen Kriegern das Wahlrecht geben. Wer für gut befunden wird, sein Blut für das Vaterland hinzugeben, dürfe auch seine Stimme in die Wagschale werfen.

Frau Diez (U. S.): Die Proletarierjugend hat eine so furchtbare Zeit mitgemacht, daß sie mit zwanzig Jahren reif ist.

Die namentliche Abstimmung über Artikel 21 wird bis morgen ausgesetzt.

Zu Artikel 22 beantragen die Deutschnationalen die Wahlalter von 5 Jahren.

Abg. Oberfahren (Deutschnat.) begründet den Antrag.

Abg. Grünwald (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Partei für den deutschnationalen Antrag.

Abg. Heinze (Deutsche Volksp.) erklärt, daß auch seine Partei dem genannten Antrag beitrifft.

Die Abgg. Kahlenstein und Wurm setzen sich für eine dreijährige Wahlperiode ein.

Die namentliche Abstimmung für Artikel 23 wird auf morgen verschoben. — Fortsetzung Freitag 1 Uhr. Schluß 8 1/2 Uhr.

Weimar, 2. Juli.

Es liegen vor die Interpellationen von Arnstadt (Deutschnat. Volksp.) über Beamtenfragen, Gröber (Zentr.) über Revolutionsschäden, Wier (Soz.) über die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne, Wier über die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger, Arnstadt (D. V.) über die Landwirtschaft.

Die Minister David, Bischoff, Erzberger erklären sich zur Beantwortung der in ihr Tätigkeitsgebiet fallenden Interpellationen in den nächsten Tagen bereit.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes ein auf Grund des Berichtes des Verfassungsausschusses.

Abg. Hausmann (Demokr.) führt als Vorsitzender des Verfassungsausschusses aus, daß das vorliegende Verfassungsentwurf unter schweren Sorgen geschaffen worden sei. Das Problem des Einheitsstaates ist nicht gelöst worden. Dennoch ist auf vier großen Gebieten die Einheit herbeigeführt, Reichseisenbahn und Reichspost, Reichsabgaben, die Regelung der Reichswasserstraßen und die Reichswehr waren unabwendbar.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) referiert über die im ersten Hauptteil enthaltenen Bestimmungen über die Gliederung des Reiches unter der Ueberschrift Reich und Länder.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) begründet den Antrag der Unabhängigen, in der Ueberschrift die Worte „Verfassung des Deutschen Reiches“ zu ersetzen durch: „Verfassung der Deutschen Republik“. Der Redner tritt dann lebhaft für den Einheitsstaat ein und fordert, daß er mit allen Mitteln durchgesetzt wird.

Reichskommissar Dr. Freuß: Der republikanische Charakter des Reiches ist deutlich genug in der Verfassung ausgesprochen. Der Antrag steht im Widerspruch zu dem Gedanken, die Vereinheitlichung des Reiches in den Vordergrund zu rücken.

Abg. Dr. Ablass (Dem.): Es wäre völlig verfehlt, die Bezeichnung Deutsches Reich deshalb beseitigen zu wollen, weil es nach der Auffassung des Herrn Dr. Cohn ein Deutsches Reich nicht mehr geben soll. Die Erwägung, daß das Ausland an der Bezeichnung Deutsches Reich Anstoß nehmen könnte, scheidet für mich vollständig aus. Ich bin doch so weit national gesittigt, daß ich in dieser Beziehung der Rücksicht auf das Ausland keinerlei Spielraum einräumen möchte. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten und rechts.)

Abg. Dr. Quard (Soz.): Ueber die Frage, ob es in der Ueberschrift Deutsches Reich oder Deutsche Republik heißen soll, ließe sich streiten. Wir messen ihr aber keine große Bedeutung zu, da in der Verfassung selbst von der Deutschen Republik die Rede ist. Um aber agitatorischen Mißdeutungen und Mißbräuchen vorzubeugen, sind wir geneigt, für den Antrag Cohn zu stimmen.

Der Antrag, in der Ueberschrift „Verfassung der Deutschen Republik“ zu setzen wird abgelehnt. Die Ueberschrift „Verfassung des Deutschen Reiches“ wird angenommen. Bei der Beratung des Art. 1 erklärt Delbrück (Deutschnat.): Für uns bedeutet dieser Artikel den Abstieg von einer großen Vergangenheit. Wir sind noch heute grundsätzlichen Anhänger der Monarchie.

Reichsminister Dr. David: Die neue Verfassung eröffnet die freie Bahn für den geistigen Kampf gegen den Vorwurf des Herrn Dr. Delbrück, die Verfassung trage den Charakter der Schwäche und Weichheit. Ich setze, daß der Artikel 1 lautet: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wenn die Herren (nach rechts) die Probe aufs Exempel machen und ihre Auffassung gegen diese Feststellung gewalttätig durchsetzen wollen, so würden sie sehen, wie stark und kraftvoll diese Republik begründet ist.

Abg. Koch (Dem.): Ich meine, wir sollten heute nicht in den Bünden wählen, die uns die Vergangenheit geschlagen hat, sondern wir sollten uns zusammenschließen. Wir sind keine grundsätzlichen Republikaner, heute aber kann von einer Wiedereinführung der Monarchie keine Rede mehr sein.

Abg. Haase (U. S.): Der Reichsminister hat gesagt, die freie Meinungsäußerung solle nicht unterdrückt werden. Dennoch sind jetzt die „Reichs-Röhre“ und noch andere Zeitungen verboten worden.

Reichsminister Dr. David: Soweit sich der Kampf im Rahmen des Geistes hält, wird er von der Regierung niemals eingeschränkt werden; wenn aber aufgedrungen wird, Gewalt anzuwenden mit Handgranaten, dann ist es Pflicht der Regierung, die Demokratie zu schützen.

Abg. Heinze (Deutsche Vp.): Da es sich jetzt darum handelt, die Republik grundlegend in der Verfassung

festzusetzen, werden wir gegen Artikel 1 stimmen. Abg. Dr. Cohn (U. S.): Wir verwahren uns dagegen, daß man die neue Verfassung mit dem G. L. des alten Systems erfüllt.

Die Fassung des Entwurfs wird mit großer Mehrheit angenommen.

Artikel 2 wird dann ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die Beratung über Artikel 3, der bestimmt: Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge wird durch Reichsgesetz bestimmt.

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, daß die namentliche Abstimmung über diesen Artikel im Laufe der morgigen Sitzung vorgenommen werden soll.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 2 Uhr. — Weiterberatung.

Schluß nach 8 Uhr.

## Öffentliche Bekanntmachungen.

### Betr. Ausgabe von Lebensmitteln.

Auf Nr. 13 der Lebensmittelkarte kommen für den Monat Juli nachstehende Nahrungsmittel zur Ausgabe:

Schnellmehl	das Pfund zu	0,65 Mk.
Kaffeebohnen	" "	" 0,85 "
Morgensmehl	" "	" 0,90 "
Kartoffelstärke	" "	" 0,75 "
Sago	" "	" 1,30 "

Die Karten sind bis Montag morgen 9 Uhr in den Geschäften, und die Geschäftsinhaber haben dieselben bis Montag morgen 11 Uhr auf Zimmer 11 im Rathhaus abzugeben.

Schierstein, den 5. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

## Herren-Sommer-Kleidung.

Eleganter Sommerpaletot Mk. 395

echt englisch, reine Wolle, wasserdicht

Herren-Waschanzüge Mk. 60., 67.

Waschjoppen Mk. 35., 48., 55., 78.

Lüster-Saccos Mk. 40., 48., 60., 80., 95.

Rohseidene u. helle Saccos Mk. 35., 48., 65.

Jünglings- u. Knabengrößen entspr. billiger.

Eleg. Damen-Regenmäntel Mk. 325., 345.

echt englisch, la Gummi

Eleg. Damen-Regenmäntel und -Jacken

la Seide Mk. 195., 295., 395.

Bruno Wandt, Wiesbaden, Kirchgasse 56.

## Unterstützungskasse „Einigkeit“

Sonntag, den 13. Juli, vorm. 10 Uhr, findet bei unserem Mitglied Wilt. Arnold die vierteljährliche

### Mitgliederversammlung

statt folgender Tagesordnung:

Bericht des Vorstandes und der Revisoren. Annahmen. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Eine junge frischmelkende

## Ziege

(einmal gelammt) zu verk.

Karlstr. 8.

## Fahrrad,

mit Gummibereifung und Torp.-Freilauf, guterhalten, zu verkaufen.

Mainzerstr. 27.

## Pulzarbeiterinnen

für gleich oder später

bei Jahresfeststellung

gesucht.

Modehaus Ullmann,

Wiesbaden,

Kirchgasse 21.

Schöne

## Diadurpflanzen

zu haben bei

Georg Kesselring,

Dohlemerstr. 24

3 bis 4 Zimmerwohnung

voll. mit Garten, für 1.

August oder 1. September

von Beamten mit 1 Kind

zu mieten gesucht.

Offerten an die Geschäfts-

stelle.

Ein brüllendes

## Huhn

zu verkaufen. Rathausstr. 8.

Zu verkaufen:

1 Bett mit Sprungrahmen

und Rohhaarmatratze, fast

neu, Kinderwagen mit

Gummibereifung, Badewanne

für größere Kinder, 2-fäh.

Wiegeschaukel und eine

Hängeschaukel. Viebricherstr. 21.

## Haus

mit Lagerraum, großem Hof

oder Garten zu kaufen ge-

sucht. Zu erfragen in der

Geschäftsstelle.

4 Jagd

### Schweinefütter

zu verkaufen.

W. Leht Schulstr. 6.

## Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.

Sonntag, 6. Juli 1919.

Vorm. 9 1/2 Uhr Gottesdienst.

10 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Abends 8 1/2 Uhr Bibelfunde.

Pfr. Gunt.

### Johannisbeeren

per Pfund 1,20 Mark.

Karl Wirt II,

Kaiserstr. 10.